

Luo Ping, ein Funktionär, der für die wirtschaftliche Umstrukturierung der Stadt zuständig ist, führte die Preisprobleme auf das "zweigleisige Preissystem" zurück, das einerseits staatliche Fixpreise und andererseits ausgehandelte Preise erlaubt. Einige der Rohmaterial produzierenden Fabriken nutzen dieses System, um mehr und mehr Produkte zu höheren Preisen als die staatlichen Festpreise zu verkaufen.

In Chongqing ist der Preis von Bandstahl von ca. 800 Yuan auf 1.600 Yuan pro Tonne gestiegen, doch die Preise von damit hergestellten Produkten werden durch den Staat festgesetzt. Schlimmer noch ist, daß das zweigleisige System zur Wucherei und zur Spekulation geführt hat. Der Preis einer Tonne von Aluminiumbarren kann um 25% steigen, nachdem dieser Barren durch die Hände von acht Vermittlern gegangen ist. Deswegen sind die Gewinne einiger Unternehmen durch die Preiserhöhungen zunichte gemacht worden, und einige Fabrikdirektoren wollen sogar ihre Verträge aufheben lassen.

Die Zentralregierung habe nach Xiao bereits die Entscheidung getroffen, das zweigleisige System in ein einglisiges zu verwandeln, d.h., die Marktkräfte sollen die Preise bestimmen. "Wir sollten den Spekulanten nicht länger die Möglichkeit geben, durch Ausnützung des gegenwärtigen Preissystems Geld zu machen", fügte er hinzu. (XNA, 6.7.1988, zit. nach SWB, 9.7.1988) -lou-

* (35) "Glasnost" im Statistikwesen

Chinas statistische Daten seien zum Zwecke einer eingehenderen Prüfung offengelegt worden mit dem positiven Resultat, daß sie eine immer größere Rolle dabei spielten, den Regierungen auf allen Ebenen bei politischen Entscheidungen zu helfen. Dies verkündete Zheng Jiaheng, der stellvertretende Direktor des Zentralen Statistikamtes, auf einer nationalen Konferenz am 12. Mai 1988.

China habe bislang unabhängige Statistikabteilungen in allen Regierungsabteilungen auf und über Kreisebene eröffnet, so daß ein statistisches Informationsnetzwerk landesweit gebildet worden sei. Diese Abteilungen hätten insgesamt mehr als 60.000 Angestellte. In allen Provinzen, regierungsunmittel-

baren Städten und Autonomen Regionen seien 98% der Präfekturen und mehr als die Hälfte der Städte und Kreise mit Computern ausschließlich für die statistische Erfassung und den statistischen Gebrauch ausgestattet.

Das Zentrale Statistikamt hat zwei Gruppen für soziale Untersuchungen. Die Mitglieder dieser Gruppen sind über mehr als 1.000 Kreise und Städte verteilt, wo sie Stichprobenuntersuchungen über die landwirtschaftliche Produktion, Preise und andere Angelegenheiten, die mit den Lebensbedingungen sowie den sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen zusammenhängen, durchführen.

1987 präsentierte das Statistikamt dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und dem Staatsrat mehr als 460 analytische statistische Berichte. Die Berichte befaßten sich hauptsächlich mit dem Nationaleinkommen, mit der umfassenden Finanzarbeit, den Dienstleistungszweigen, dem Bruttosozialprodukt sowie der Angebots- und Nachfragesituation der Konsumenten.

Diese Berichte reflektierten auch jene Faktoren, die die Entwicklung der Volkswirtschaft negativ beeinflussen und für die zuständigen Regierungsabteilungen "Alarmsignale" bedeuten, und zwar beispielsweise bei solchen sensiblen Themen wie Preissteigerungen, Überanstrengung der Investitionen sowie Wachstumsrate der Bevölkerung.

Im Jahre 1983 begann das Zentrale Statistikamt mit regelmäßigen Informationsveranstaltungen für chinesische und ausländische Korrespondenten. 17 Provinzen, regierungsunmittelbare Städte und Autonome Regionen sowie andere große Städte im Lande sind diesem Beispiel gefolgt.

China arbeitet auch am internationalen Austausch und an der Zusammenarbeit hinsichtlich der statistischen Arbeit. Gegen Ende 1987 hatten chinesische Statistikabteilungen Verträge über 19 Gebiete der Zusammenarbeit mit 12 internationalen Organisationen abgeschlossen, darunter die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen sowie das Statistikamt der Europäischen Gemeinschaft. Weitere Vereinbarungen waren mit der Asiatischen Entwicklungsbank, mit Japan, Ka-

nada und vier anderen Ländern geschlossen worden. Die Statistikabteilungen haben auch offizielle Kanäle geschaffen, um statistische Informationen mit 24 Ländern und Regionen auszutauschen. (XNA, 13.5.1988) -lou-

Taiwan

* (36) Politik für Besuchsreisen bei Verwandten auf dem chinesischen Festland weiter gelockert

Der Sonderausschuß des Exekutiv Yuan (Kabinett) für die Politik von Verwandtenbesuchen auf dem chinesischen Festland hat auf seiner ersten Sitzung am 3. Juni beschlossen, den Besucherkreis vom 3. auf den 4. Verwandtschaftsgrad (z.B. Vetter und Kusinen) auszuweiten. Außerdem wurde die Zeitspanne der Aus- und Rückreiseerlaubnis auf ein Jahr verlängert. Unverändert bleibt, daß jeder nur einmal im Jahr zum Besuch von Verwandten nach drüben reisen und dabei die Frist von drei Monaten nicht überschreiten darf. Zum Vorschlag des Innenministeriums, Beamten der mittleren und unteren Ebene dasselbe Besuchsrecht einzuräumen, wurde auf der Sitzung noch kein Beschluß gefaßt. (LHB u. ZYRB, 4.6.88)

Die Regierung hatte am 2. November 1987 dem Normalbürger die Möglichkeit einer Reise zum Besuch enger Verwandter auf dem chinesischen Festland durch das Rote Kreuz offiziell eröffnet. Nach Statistiken der Behörde für Ein- und Ausreisegenehmigungen des Innenministeriums haben bis zum 3. Juni insgesamt 163.989 Personen eine Reise zu diesem Zweck beantragt, davon sind 161.785 bereits genehmigt und 1.358 abgelehnt worden. Die Ablehnungen waren zumeist auf Verfahrensfehler zurückzuführen; eine Überprüfung der Sache in bezug auf die zu besuchenden Verwandten ist infolge der politischen Situation so gut wie unmöglich. Offiziell ist es aber noch verboten, zu einem anderen Zweck auf das chinesische Festland zu reisen. (LHB, 4.6.88)

Nach Angaben derselben Behörde haben in den vergangenen acht Monaten 106.560 Personen diese Reise angetreten, 79.982 sind wie-

der nach Taiwan zurückgekehrt. Bezüglich der Nichtzurückgekommenen vermutet ein zuständiger Beamter der Behörde, daß sie "pleite" seien und sich eine Rückreise nicht mehr leisten könnten; einige dürften auch an Krankheiten gestorben sein. (FCJ, 20.6.88) Aber offenbar wollen auch viele in der alten Heimat bzw. bei den Verwandten bleiben.

Der Präsident der Zentralbank in Taipei, Zhang Jizheng, errechnete bis zum 6. Juni einen Devisenverlust Taiwans durch die Verwandtenbesuche in Höhe von über 300 Mio. US\$ an das chinesische Festland. Er ging davon aus, daß bis dahin rund 90.000 Taiwanesen Verwandte auf dem Festland besucht hätten und daß jeder im Schnitt 100.000 NT\$ (umgerechnet rd. 3.500 US\$) auf die Reise mitgenommen habe. Genaue Statistiken darüber gibt es laut Zhang allerdings nicht. (LHB, 7.6.88)

Da man auch ohne die Hilfe des Roten Kreuzes bzw. ohne Erlaubnis der Behörde über Hongkong oder ein anderes Drittland auf das chinesische Festland reisen kann, sind die wirklichen Zahlen der Festlandreisenden wohl viel höher als die offiziellen Angaben. Nach Schätzungen von Fachleuten der Fremdenverkehrsbranche sind die Zahlen der aus Taiwan über Hongkong auf das chinesische Festland Einreisenden mit Beginn der Hochsaison drastisch gestiegen, und zwar von 30.-40.000 im März auf 60.000 im Juni. Trotz der Ausweitung des Flugdienstes der taiwanesischen Fluggesellschaft "China Airlines" und der Hongkonger "Cathay Pacific" auf 60 bzw. 54 Flüge pro Woche ist es schwer, ein Flugticket für die Strecke Taiwan-Hongkong zu bekommen. Zwischen dem 3. und 10. Juni mußten über 600 taiwanesischen Passagiere auf ihrer Rückreise vom chinesischen Festland nach Taiwan tagelang auf dem Hongkonger Flughafen warten. (LHB, ZYRB, 11., 12.6.88; CP, 13.6.88; FCJ, 20.6.88) Zu Anfang des Monats teilten die Hongkonger Reisebüros ihren Geschäftspartnern in Taiwan mit, daß sie infolge der Überbelastung durch die Touristen auf dem chinesischen Festland keine neuen Buchungen für Juni mehr akzeptieren könnten. (DGB, 5.6.88)

Angesichts des Reisebooms und der Engpässe im Flugverkehr planen clevere Geschäftsleute, Schifffahrtslinien von Taiwan über Hongkong,

Macau bzw. Ryukyu zum chinesischen Festland für diese Reisenden zu eröffnen (DGB, 9., 10. u. 14.6.88), da sich die Regierung in Taiwan in letzter Zeit bei "indirekten" chinesisch-chinesischen Verbindungen immer großzügiger zeigte. In diesem Geist wurde auch eine Postverbindung zwischen beiden Seiten über das Rote Kreuz ab Mitte April d.J. erlaubt. In der Zeit bis zum 4. Mai hat diese internationale neutrale Wohlfahrtsorganisation schon 92.470 Briefe übermittelt. (DGB, 11.5.88) -ni-

*(37)

Flugzeugentführer: Helden oder Terroristen?

Am 12. Mai entführten zwei Männer ein Flugzeug vom Typ Boeing 737-200 der chinesischen Zivilluftfahrtbehörde CAAC (Civil Aviation Administration of China) mit 107 Passagieren und 11 Besatzungsmitgliedern an Bord vom chinesischen Festland nach Taiwan. Nach rd. fünf Stunden Aufenthalt auf einem militärischen Flughafen bei Taizhong in Mitteltaiwan wurde der Maschine von den Behörden erlaubt, ohne die Entführer Taiwan wieder zu verlassen. (ZYRB u. LHB, 13., 14.5.88)

Da die Regierung in Taipei ihre feindselige Haltung gegenüber den Kommunisten auf dem chinesischen Festland noch nicht grundsätzlich geändert hat, löste die schnelle Freilassung der Maschine allgemeine Überraschung und positive Reaktionen aus. Wie allerdings die Flugzeugentführer behandelt wurden, ist immer noch ungeklärt.

Vorfünf Jahren war schon einmal ein CAAC-Linienflugzeug vom Typ Trident mit 96 Passagieren und 9 Besatzungsmitgliedern an Bord nach Südkorea entführt worden (s. dazu C.a. Mai 1983, S.270 ff., Ü 6); die sechs Entführer (fünf Männer und eine Frau) wurden in dem Fall von der südkoreanischen Justiz zu vier bis sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Damals hatte die taiwanesischen Regierung gegen das Urteil scharf protestiert, weil für sie die Täter nicht Terroristen, sondern "Freiheitskämpfer" waren. Als sie schließlich am 13. August 1984 von der südkoreanischen Regierung begnadigt und nach Taiwan abgeschoben wurden, bereitete man ihnen auf der Insel einen großen Empfang, einschließlich einer persönlichen

Audienz beim Staatspräsidenten Jiang Jingguo. Außerdem erhielt jeder von ihnen rd. 60.000 NT\$ (damals 39 NT\$ = 1 US\$), eine Wohnung und einen Job. (S. dazu C.a. Aug. 1984, S.441 f., Ü 45; LHB, 31.10.84)

Offenbar wollte man zunächst die beiden neuen Flugzeugentführer ebenfalls als antikommunistische Helden empfangen. Vom Presseamt des Exekutivvyan (Kabinetts) war ursprünglich für sie am 14. Mai eine Pressekonferenz angesetzt, Staatspräsident Li Denghui ließ jedoch im Hinblick auf die internationale Reaktion den Auftritt der Flugzeugentführer im letzten Moment absetzen. Ein Fernsehsender und einige Zeitungen hatten sie aber noch vor der Pressekonferenz interviewen können. So wurden sie in den Medien anfangs als tapfere Freiheitskämpfer dargestellt, während Regierungssprecher Shao Yuming auf der Pressekonferenz eine ausgeglichene Erklärung abgab. Er sagte, daß seine Regierung die Flugzeugentführung "weder anspornen noch tadeln" möchte, und die Entführer würden gemäß "internationalen Konventionen und humanistischen Prinzipien" behandelt.

Den behördlichen Angaben und Zeitungsberichten zufolge handelt es sich bei den Tätern um zwei Arbeiter aus Kunmin, Provinz Yunnan: Zhang Qingguo und Long Gueiyun. Beide sind 26 Jahre alt und haben zur gleichen Zeit ihren Militärdienst bei der 13. Kompanie des 4. Radarregiments der 7. Armee der Luftwaffe in der Militärregion Guangzhou absolviert. Nach der Entlassung aus dem Militärdienst 1982 arbeiteten sie in derselben Stadt Kunmin, und zwar Zhang bei einem Maschinen- und Long bei einem Stahlwerk. Sie haben ihre Flucht nach Taiwan offenbar seit Jahren geplant, und die Entführung der Trident-Maschine 1983 von China nach Südkorea hat sie in ihrem Vorhaben noch weiter ermutigt. Bei ihrer Aktion am 12. Mai benutzten sie eine Spielzeugpistole und zwei unechte Sprengkörper. Außerdem war noch ein Messer in ihrem Besitz, das sie nach eigener Darstellung zum Selbstmord verwenden wollten, sollte der Plan mißlingen.

Gemäß Art. 77 des taiwanesischen Gesetzes gegen Verbrechen in der Zivilluftfahrt wird Flugzeugentführung mittels Gewalt, Gewaltandrohung oder anderen Methoden

mit der Todesstrafe oder lebenslänglich Zuchthaus bestraft. Wurde die Maschine jedoch nicht gekapert, sondern nur die Flugsicherheit oder deren Einrichtungen durch Gewalt, Androhung von Gewalt oder anderen Methoden gefährdet, kann der Täter eine mildere Haftstrafe unter sieben Jahren oder eine Geldstrafe von 20.000 bis 70.000 Yuan (Silberdollar) laut Art. 78 desselben Gesetzes erwarten. Am 31. August 1984 wurde ein antikommunistischer Hongkong-Chinese namens Liang Weiqiang, der am 20. März desselben Jahres eine Linienmaschine der British Airways vom Typ Boeing 747 mit 338 Passagieren und 16 Besatzungsmitgliedern an Bord auf dem Flug von Hongkong nach Beijing zur Kursänderung nach Taiwan gezwungen hatte, vom Landgericht Taipei nach Art. 78 des Gesetzes zu anderthalb Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt. Dies kann der jüngsten Flugzeugentführung eventuell als Präzedenzfall dienen. Die beiden Täter, die vom Staatsanwalt zweimal, am 19. Mai und 21. Juni, verhört wurden, sind bislang noch immer auf freiem Fuß und werden von der amtlichen Rettungsorganisation für Flüchtlinge vom chinesischen Festland (Free China Relief Association) betreut. (LHB u. ZYRB, 20.5. u. 22.6.88; Taiwan Gonglunbao, USA, 27.6.88)

Die CAAC-Boeing 737-200 ist das erste chinesische Zivilpassagierflugzeug, das seit der Trennung beider chinesischen Seiten 1949 die Taiwan-Straße überquert hat. Vor zwei Jahren, am 3. Mai 1986, war ein Frachtflugzeug vom Typ Boeing 747 der staatlichen taiwanesischen Fluggesellschaft CAL (China Airlines) von seinem Kurs Bangkok-Hongkong-Taiwan abgewichen und in Guangzhou (Kanton) gelandet. Der Pilot, Wang Xijue, bat um politisches Asyl auf dem chinesischen Festland. Um die anderen Besatzungsmitglieder, den Kopiloten Dong Guangxing und den Bordmechaniker Qiu Mingzhi, sowie die Maschine zurückzuholen, wurde die CAL gezwungen, mit der CAAC in Hongkong zu verhandeln. Grundsätzlich lehnt Taiwan nach wie vor jeglichen Kontakt mit Beijing ab. Dies mag der Grund für die schnelle Freigabe der entführten CAAC-Maschine Boeing 737-200 kurz nach der Landung gewesen sein - um keine Verhandlungen mit der anderen Seite führen zu müssen. CAAC-Direktor Hu Yizhou sandte an seinen Amtskollegen in Taiwan, den Di-

rektor des Amtes für Zivilluftfahrt Chen Jiaru, ein Danktelegramm für die schnelle Beendigung der Flugzeugentführung; dieser jedoch wollte davon überhaupt nichts wissen.

Um den Eindruck einer Direktverbindung zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße zu vermeiden, hat Taiwan dem CAAC-Piloten die Auflage gemacht, die Maschine zuerst nach Hongkong und dann von dort nach dem chinesischen Festland zu fliegen. Der Pilot änderte aber unterwegs den Kurs und flog direkt nach Xiamen zurück. Unter den Passagieren an Bord der Maschine befanden sich auch zahlreiche Bürger Taiwans. Ihnen wurde von den Behörden das Verlassen der Maschine in Taiwan untersagt. Sie mußten daher mit der CAAC-Maschine zurück aufs chinesische Festland, um dann wieder über Hongkong nach Taiwan zurückzukehren.

Gleichzeitig mit der Entführung der CAAC-Maschine wurde in der Zeitung gemeldet, daß der 1965 mit einem IL-28 Düsenbomber vom chinesischen Festland nach Taiwan geflüchtete Ex-Pilot der chinesischen VBA, Li Xianbin, eine Korrektur seiner Belohnungsprämie verlangt habe. Bislang hat die Regierung alle mit einem Flugzeug aus dem chinesischen Festland direkt bzw. indirekt über Südkorea nach Taiwan geflüchteten Piloten sowie andere Besatzungsmitglieder je nach Maschinentyp mit einer ansehnlichen Menge Gold honoriert. Li Xianbin hatte damals nur die Hälfte der Prämie von 4.000 Tael Gold (1 Tael = 31,25 g) bekommen, die andere Hälfte ging an die beiden Besatzungsmitglieder, Navigator Li Caiwang und Bordfunker Lian Baosheng. Li Xianbin forderte nun in einer Bittschrift an das Gesetzgebungsorgan (Parlament) die Nachzahlung der anderen Hälfte der Prämie mit dem Argument, daß Li Caiwang und Lian Baosheng keine Überläufer, sondern seine "Gefangenen" gewesen seien; außerdem habe sich Lian bei der Landung das Leben genommen. In der Tat hat Li Caiwang, der 1975 in die USA umgesiedelt ist, bei seinem Besuch auf dem chinesischen Festland 1983 auch gesagt, daß er damals von Li Xianbin gezwungen worden sei, nach Taiwan mitzuflogen. Allerdings sei der Bordfunker Lian Baosheng nicht durch Selbstmord gestorben, sondern von Li Xianbin erschossen worden.

Obendrein haben die oben genannten sechs Personen, die wegen der Entführung einer Trident-Maschine der CAAC vom südkoreanischen Gericht zu vier bis sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und dann nach Taiwan abgeschoben worden waren, laut Pressemeldungen wiederholt mit der Regierung um noch höhere Prämien gefeilscht, obwohl die CAAC die Maschine kurz nach der Beendigung der Entführung von Südkorea wieder nach China zurückgeholt hatte. Schließlich soll jeder von der Regierung nachträglich 2,5 Mio. NT\$ (zur Zeit 28,50 NT\$ = 1 US\$) erhalten haben. (CP, 16., 17., 18. u. 24.5.88)

Infolge all dieser Geschichten in der Vergangenheit und des neuen Dilemmas bei der Behandlung der Flugzeugentführung vom 12. Mai d.J. wird in der Öffentlichkeit wie auch im Gesetzgebungsorgan laut die Abschaffung der Prämien für Überläufer aus dem chinesischen Festland gefordert. (Vgl. dazu Jiushi Niandai, Hongkong, Juli 1988, S.24 f.; Tansuo, USA, Juni 1988, S.36 ff.) -ni-

*(38)

Staatshaushalt mit starken Kürzungen vom Parlament verabschiedet

Der Gesetzgebungsorgan (Parlament) hat am 31. Mai den Staatshaushalt für das Fiskaljahr 1989 (Juli 1988 - Juni 1989) mit einem Ausgabenvolumen in Höhe von über 561,57 Mrd. NT\$ (28,62 NT\$ = 1 US\$) verabschiedet (ZYRB u. LHB, 1.6.88), das sind 6,77 Mrd. NT\$ oder 1,2% weniger als der vom Gesetzgebungsorgan (Kabinett) ursprünglich vorgelegte Plan (dazu s. C.a. März 1988, S.201, Ü 44). Trotz der Kürzungen ergibt sich gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr immer noch eine Steigerung von 16,4% (im Regierungsplan 17,9%).

Aber auch die Regierungseinnahmen sind um 3,35 Mrd. NT\$ erhöht worden, damit wurde das Defizit von 138,9 Mrd. NT\$ um mehr als 10,1 Mrd. NT\$ reduziert.

Von den Kürzungen betroffen sind in erster Linie die Ressorts: Verkehr mit mehr als 2,68 Mrd. NT\$ (hauptsächlich wegen der Streichung der Gelder für den Erwerb von zwei Flugzeugen für die Zivilluftfahrt), Wirtschaft mit über 1,48 Mrd. NT\$; Finanzen mit über 0,66 Mrd. NT\$; Verteidigung mit rd. 0,52 Mrd. NT\$.

Nach dem Regierungsentwurf hatte der Verteidigungsetat mit 191,4 Mrd.NT\$ einen Anteil von 33,7% an den Gesamtausgaben. Allerdings schloß diese Summe, wie einige Abgeordnete offenlegten, nicht die Ausgaben für militärische Ausbildung, Waffenforschung und Sozialleistungen für die Angehörigen des Militärs ein. In dem vom Gesetzgebungs Yuan verabschiedeten Staatshaushalt werden wohl alle dem Verteidigungsministerium zustehenden Ausgabenposten aufgeführt, es ergibt sich aber trotz der genannten Kürzungen eine wesentlich höhere Summe von 255,31 Mrd.NT\$ für die Verteidigung. Dies entspricht mehr als 45,4% der Gesamtausgaben (vgl. dazu ZYRB, 28.5.88; CP, 1.6.88; DGB, 13.4.88; Taiwan Gonglunbao, USA, 7.4.88).

Bei den über drei Monate andauernden Haushaltsdebatten hatte es zwischen den Fraktionen der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) und der Opposition Minjindang nicht nur heftige Wortwechsel gegeben, sondern am 7. April auch eine regelrechte Gruppenschlägerei (s. dazu Shihao-Xinwen Zhoukan, 11.-17.4.88; LHB, 8.4.88). Nach dem Gesetz muß der Staatshaushalt bis Ende Mai jedes Jahres vom Gesetzgebungs Yuan verabschiedet werden. Diesmal stritt man im letzten Moment noch über die Regierungszuschüsse für die von der Guomintang gesteuerten Medien. Es grenzte fast an ein Wunder, daß die gesetzliche Frist doch noch eingehalten wurde. -ni-

*(39)

Handelsbeziehungen mit Europa ausgebaut

Laut Angaben des Außenhandelsamtes in Taipei ist der Anteil der Ausfuhren Taiwans nach Europa an den Gesamtexporten der Insel von 12% (1986) auf 14,5% (1987) gestiegen. Zugleich erweiterte sich auch der Anteil der Einfuhren Taiwans aus Europa an den Gesamtimporten von 13,4% auf 15%. Es wird erwartet, daß die Exporte nach Europa in fünf Jahren einen Anteil von 20% an Taiwans Gesamtexporten haben werden. (FCJ, 6.6.88)

Die Bundesrepublik Deutschland ist Taiwans größter Handelspartner in Europa. Das Handelswertvolumen zwischen beiden Seiten stieg 1986-

1987 um 50,2% von 2,41 Mrd.US\$ auf 3,62 Mrd.US\$; in den ersten vier Monaten d.J. nahm es mit 1,42 Mrd.US\$ gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres um 36,7% zu.

Der bilaterale Handel zwischen Taiwan und Großbritannien kletterte im letzten Jahr von 1,3 Mrd.US\$ um 75,4% auf 2,31 Mrd.US\$. Hohe Zuwachsraten wurden 1987 auch im bilateralen Handel Taiwans mit anderen EG-Staaten verzeichnet: Niederlande 54,7% (auf 1,54 Mrd.US\$), Frankreich 66,9% (auf 1,25 Mrd.US\$), Italien 67,5% (auf 1,09 Mrd.US\$).

Der Handel zwischen Taiwan und anderen westeuropäischen Staaten, die nicht zur EG gehören, hatte 1987 mit einem Gesamtvolumen von 1,77 Mrd.US\$ gegenüber 1986 (951 Mio.US\$) eine noch höhere Zuwachsrate von 85,8% zu verzeichnen, darunter der Handel mit Island +142,4%, mit Finnland +105,1%, mit der Schweiz +96,2%, mit Österreich +74,9% und mit Norwegen +63,7%.

Im März d.J. hat Taiwan offiziell den Handel mit Osteuropa liberalisiert. Abgesehen von der Sowjetunion und Albanien, mit denen Taiwan weiter nur indirekten Handel betreiben möchte, wird der Direkthandel mit anderen Ostblock-Staaten von der Regierung nicht mehr verboten.

Zur Förderung des Handels mit Taiwan haben europäische Geschäftsleute in Taiwan eine Europäische Handelskammer (Euro-Cham) in Taipei gegründet. Der Vorsitzende der Kammer ist J.J.C. Brinsden. Daneben hat die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) eine Repräsentation in Taipei gegründet, die auch die erste Wirtschaftsförderungsstelle eines deutschen Bundeslandes auf der Insel ist. Zwischen dem HWF und Taiwans halbamtlichen "China External Trade Development Council" (Cetra) wurde am 16. Mai d.J. ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, um die Ansiedlung taiwanesischer Firmen in Hamburg zu unterstützen. Der HWF-Vorsitzende Claus Müller, der die Repräsentanz der HWF in Taipei eröffnete, sagte, daß die Hansestadt neben ihrem Hafen mit einem Netz alteingesessener Handelshäuser, Geschäfts-

banken sowie Dienstleistungsunternehmen und mit ihrem "Euro-gate"-Konzept Taiwan besonders als Warenverteilungszentrum für den kommenden EG-Markt und als Basis für die von Taiwan angestrebten engeren Wirtschaftsbeziehungen zum Ostblock dienen könne.

Im Mai war auch eine große Wirtschaftsdelegation aus der Bundesrepublik zu Besuch in Taiwan. Sie wurde geleitet von dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Karlheinz Hauser, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, Josef Unland, und dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Franz Schoser. Vom 16. bis 19. Mai fand das erste deutsche Technologiesymposium sowie die erste Sitzung des Wirtschaftsausschusses zwischen der Bundesrepublik und Taiwan in Taipei statt. An dem Symposium nahmen über 100 deutsche Firmenvertreter und mehrere tausend taiwanesischen Fachleute teil. (ZYRB, 13., 16. u. 22.5.88; Hamburger Abendblatt, 17.5.88; Handelsblatt, 20./21.5.88)

Am 24. Juni wurde in Hamburg ein Ausstellungszentrum taiwanesischer Exportprodukte eröffnet. (LHB, 25.6.88) -ni-

Hongkong und Macau

*(40)

Besuche führender chinesischer und britischer Politiker in Hongkong

Ende Mai und Anfang Juni besuchten mehrere führende Politiker der chinesischen und der britischen Regierung Hongkong. Zwischen dem 23. und 28. Mai hielt sich der chinesische Vizeministerpräsident Tian Jiyun im Anschluß an seine offizielle Visite in Mexiko, den USA und Kanada in Hongkong auf. Er sagte, daß er vom Direktor der Zweigstelle der chinesischen Presseagentur Xinhua in Hongkong, Xu Jiatusun, für einige Tage zur Erholung nach Hongkong eingeladen worden sei. Doch gab der Hongkonger Gouverneur zu Ehren des "Urlaubers" am 25. Mai ein Bankett, an dem auch die Mitglieder sowohl